



**Ratsfraktion der FDP
Rede zum Haushalt 2011 (Drucksache DS0414/10)
Sitzung des Stadtrates am 13. Dezember 2010
Hans-Jörg Schuster, Fraktionsvorsitzender**

Anrede

Im vergangenen Jahr habe ich meine Rede zum Haushalt mit dem Demokrit-Zitat „Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende“ begonnen – rückblickend kann ich feststellen: von beidem hatten wir etwas, wenn auch mehr Mut als Glück.

Trotzdem: Wir haben das Jahr 2010 ohne größere Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt oder in der Wirtschaft überstanden. Angesichts der Entwicklung der internationalen Wirtschaft und Finanzen ist das schon fast ein bisschen unheimlich.

Die Gewerbesteuern sind gestiegen und wir erwarten 2011 einen weiteren Anstieg um 4,865 Millionen Euro, so dass wir bei einem Gewerbesteueraufkommen von 88,36 Millionen liegen werden.

(Vergleich: 2009 lag das Gewerbesteueraufkommen von MD bei 78,2 Mio Euro, das von Halle bei 43,5 Mio Euro und das von Barleben bei 25,4 Mio Euro – Trotz der Nähe Halles zum wirtschaftlich stärkeren Süden betrug das Gewerbesteueraufkommen dort nur ca. 56 % des Aufkommens in Magdeburg. Auf diesen Erfolgen dürfen wir uns aber nicht ausruhen.)
Insgesamt erwarten wir Steuereinnahmen von über 167 Mio Euro.

Die Arbeitslosenquote lag in den vergangenen Monaten unter 10 % - die Gründe dafür sind weniger das Ergebnis einer erfolgreichen kommunalen Wirtschaftspolitik, dessen bin ich mir wohl bewusst. Sie liegen wohl eher in einer veränderten Statistik und der demographischen Entwicklung begründet.

Die Ausgabenseite des Haushaltes wird in einem großen Umfang von den Sozialausgaben belastet. Dazu zählen besonders die Leistungen nach dem SGB II. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften wird mit etwa 21 500 veranschlagt. Die Absenkung der Bundeszuschüsse für Unterkunft und Heizung bedeutet einen enormen Mehraufwand für die Landeshauptstadt. Diese Entwicklung ist insgesamt schwer einzuschätzen und birgt für die Haushaltsplanung ein Risiko.

Anrede

Wir sind froh, dass die Zahl der Geburten langsam steigt – auch wenn wir wissen, dass das die Kosten für die Kinderbetreuung weiter erhöhen wird. Hierfür geben wir gern Geld aus. Darum unterstützen wir auch die Sanierung der Schulen mit Hilfe von PPP und anderen Förderprogrammen wie auch die Bestrebungen, ein Programm für die Sanierung der Kinderbetreuungsstätten aufzulegen.

Hingegen würden wir es begrüßen, wenn die Ausgaben nach dem SGB II sinken würden, statt sich zu erhöhen oder zu verstetigen.

Hier sehen wir eine wichtige Aufgabe: Es muss besser gelingen, die Wirtschaftskraft der Landeshauptstadt zu erhöhen. Arbeitsplätze sind das A und O. Sie binden die Bürger an die Kommune, verhindern die zunehmende Abwanderung junger, oft gut ausgebildeter Menschen und sind ein wichtiger Imagefaktor.

Es bleibt eine Kernaufgabe von Politik und Verwaltung, möglichst optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, um Unternehmen in Magdeburg anzusiedeln bzw. sie hier zu halten.

Im Wissenschaftshafen scheint dies gelungen zu sein. Allerdings ist auch viel Geld geflossen, bevor der heutige Standard erreicht wurde.

Um nicht in zehn Jahren über eine teure Kampagne nachdenken zu müssen, wie wir Fachkräfte in die Stadt holen können, müssen wir bereits heute die Kontakte zwischen Schulen und Unternehmen sowie den Forschungseinrichtungen – auch über die Stadtgrenzen hinaus – fördern und den Abschluss von Bildungs Kooperationen unterstützen. Anträge dazu haben wir in den Stadtrat eingebracht.

Anrede

Zur Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen gehört selbstverständlich auch der schnelle Zugang zu den modernen Medien. Auch hier hat die Stadt Nachholebedarf. Das wäre noch zu entschuldigen, weil wir nicht die Hoheit über die Kabel und die anderen technischen Voraussetzungen haben. Nicht zu entschuldigen ist aber, dass der Informationsfluss über den tagesaktuellen Stand der Entwicklung der Versorgungsangebote nicht reibungslos läuft. Hier könnte man aus unserer Sicht ohne großen Aufwand Abhilfe schaffen, in dem man z.B. einen Mitarbeiter konkret damit betraut.

Nicht immer ist zusätzliches Geld erforderlich, um das Image der Stadt zu heben. Auch Dienst- und Serviceleistungen, die zielgerichtet für die Lösung eines konkreten Problems erbracht werden, gehören dazu. Bürgerfreundlichkeit heißt das Zauberwort. Dabei verkennen wir nicht, dass der Personalabbau in der Stadtverwaltung auch Grenzen aufzeigt.

Gleiches gilt für die effektivere Fördermittelakquise. Wir wissen, dass sich 2013 die Förderbedingungen von EU, Bund und Land zu unserem Nachteil verändern werden. Um so wichtiger ist es, schnellstens qualifiziertes Personal zu haben, das in der Lage ist, die sich verringernden Förderströme aufzufangen. Die FDP-Ratsfraktion hat einen nicht unerheblichen Anteil daran, dass das Internationale Büro ins Leben gerufen wurde. Wir erwarten nun, dass sich seine Arbeit positiv in Zahlen und Fakten für die Stadt niederschlägt.

Nicht erst mit Beginn der neuen Wahlperiode weist die FDP-Ratsfraktion auf die Bedeutung der Interkommunalen Zusammenarbeit und die Notwendigkeit von konkreten Kooperationsverträgen hin. Hier sollte die Verwaltung ein einheitliches Vorgehen präferieren.

Das Bestreben, eine Metropolregion Mitteldeutschland zu schaffen, von der die Landeshauptstadt profitieren könnte, sehe ich sehr kritisch.

Der Zusammenschluss mehrerer armer Brüder macht immer noch keinen reich. Magdeburg am Rande einer sich um Leipzig/ Halle und Dresden/ Chemnitz drehenden Achse — sozusagen am Rande der Milchstraße - wird uns wohl eher nichts bringen. Gewinnbringender für Magdeburg schätze ich eine Zusammenarbeit auf der Achse Hannover – Braunschweig – Wolfsburg – Berlin ein.

Anrede

Wir haben uns nicht dafür entscheiden können, Optionskommune werden zu wollen, weil die Rahmenbedingungen nicht überschaubar genug, d.h. zu riskant waren.

Aus diesem Grund hat der OB seine Drucksache nicht zur Abstimmung in den Stadtrat gestellt. Letztlich sind wir aber auch an einem Softwareproblem gescheitert und haben deshalb die Chance aus der Hand geben müssen, selbst in die Jobvermittlung aktiv eingreifen, sie gestalten zu können.

Manchmal kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, wir hätten die Kleinstaaterei in Deutschland noch nicht überwunden.

Anrede

2011 werden die Aufwendungen von 534,6 Mio. Euro die Erträge in Höhe von 525,7 Mio. Euro) mit rund 8,9 Millionen Euro übersteigen. Angesichts der Haushaltskonsolidierung, in der die Stadt sich weiterhin befindet, bedeutet dies, eisern zu sparen. Die Investitionen werden 2011 so niedrig sein wie noch nie. Mit den 39,4 Millionen Euro bedienen wir im Wesent-

lichen die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II. – Harte Bedingungen, unter denen wir gemeinsam versuchen müssen, die Aufgaben des nächsten Jahres zu erfüllen.

Weitere Ausgabenreduzierungen werden uns nicht erspart bleiben.

Wir haben ein Haushaltsdefizit und eine Lücke im Konsolidierungsbereich. D.h. zusätzliches Geld muss für die HH-Konsolidierung eingesetzt werden. Dahin zielen auch unsere Anträge, die Einsparungen durch die SGB II-Leistungsrechtsreform der HH-Konsolidierung zufließen zu lassen.

Gleiches soll auch gelten für die Verwendung von Haushaltsausgaberesten. Außerdem sind wir der Meinung, dass die Stadt beim Eintreiben von Forderungen erfolgreicher sein muss und eine größere Summe der Unterhaltungsvorschüsse in den Haushalt zurückführen kann.

Anrede

„Wir haben ein größeres Ausgaben- als ein Einnahmeproblem, und das trotz intensiver Sparpolitik in den Kommunen seit Jahren.

Insbesondere müssen Lösungen gefunden werden, um die Dynamik der steigenden Sozialausgaben zu stoppen“, so Vertreter des Deutschen Städtetages im März 2010.

Konkret nannte die Präsidentin des Deutschen Städtetages Petra Roth im September in Köln als Forderungen der Städte: „eine höhere Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose, eine höhere Beteiligung bzw. Übernahme der Kosten der Grundversicherung im Alter und die Einführung eines bundesfinanzierten Leistungsrechts für Behinderte.“

Das Ungleichgewicht zwischen Aufgabenverteilung durch Bund und Land und Kostenübernahme trifft uns schmerzlich. Ich erinnere an die zusätzlichen Ausgaben i.H. von ca. 200 Tsd. Euro jährlich, die unseren kommunalen Haushalt die vom Bund vorgegebene Einführung des elektronischen Personalausweises kosten wird.

Und ich kritisiere das Finanzausgleichsgesetz (FAG) des Landes, das ebenfalls nicht die notwendige aufgabenbezogene Zuweisung von Mitteln an die Oberzentren berücksichtigt. Betroffen sind hier beispielsweise Mehrausgaben für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eine grundsätzliche Bemerkung zur Gemeindefinanzierung machen. Sie muss aus meiner Sicht auf konstantere Füße gestellt werden, d.h. belastbarer sein. Ein erheblicher Schwachpunkt der Gemeindefinanzierung ist die Gewerbesteuer mit ihrer stark von der konjunkturellen Entwicklung abhängigen Schwankungsbreite.

Kommunale Selbstverwaltung braucht ein gewisses Maß an finanzieller Sicherheit – dafür tragen die Gesetzgeber in Bund und Land letztendlich maßgeblich die Verantwortung. Und daran müssen wir sie immer wieder erinnern. Ein gutes Thema für den nächsten März (- natürlich neben der – wahrscheinlichen - Abstimmung für die Ulrichskirche).

Wir haben in der Vergangenheit große und schmerzhaft Einsparungen im Haushalt und für unsere Bürger vorgenommen. Das Problem ist aber: Selbst wenn der Gestaltungswille immer da war, unser Spielraum, tatsächlich gestalten zu können, tendiert immer mehr gen Null. Ein Umdenken in Bund und Land – und sicher auch bei vielen Kommunen, die den notwendigen Sparzwang noch nicht verinnerlicht haben – ist notwendig.

Auch, wenn wir auch die Kleinstaaterei in weiten Teilen überwunden haben, so besteht die Bundesrepublik doch insgesamt aus Kommunen, wir leben nun mal alle in Kommunen und sollten daher am gleichen Strang ziehen – unabhängig von der politischen Ebenen oder der Parteifarbe.

Anrede

Wir können unseren Haushalt für das nächste Jahr heute, d.h. am 13. Dezember 2010, verabschieden. Erinnern wir uns: Den Haushalt 2010 haben wir erst am 1. März 2010 verabschiedet. Nicht wenige Kommunen in unserem Bundesland haben enorme Schwierigkeiten,

überhaupt einen genehmigungsfähigen Haushalt für das laufende Haushaltsjahr aufzustellen.

In diesem Jahr haben wir zum zweiten Mal einen Haushaltsplan beraten, der nach den Grundsätzen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) aufgebaut ist. Die doppische Buchführung, die aufzeigt, wie Ressourcen verbraucht werden, soll zu mehr betriebswirtschaftlichem Denken anregen und somit eine größere Nachhaltigkeit bewirken.

Herr Zimmermann und seine ambitionierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren offen für alle Fragen, die sich aus dem Umgang mit dem neuen doppischen System ergaben. Dafür gilt ihnen unser ausdrücklicher Dank.

Die FDP-Ratsfraktion wird dem Haushalt zustimmen – wie sie es auch schon in der Klausurtagung des Finanzausschusses getan und für die heutige Beschlussfassung angekündigt hat. Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass wir nicht nur „Schönwetter-Politiker“ sind, sondern auch Verantwortung in schwierigen Zeiten übernehmen müssen.

Ich danke den Stadträten, die mir zugehört haben, für ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort!